



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Sozialausschuss

---

Es informiert Sie:	Melanie Mellinghaus
Telefon:	02104/99-2102
Fax:	02104/99-5133
E-Mail:	melanie.mellinghaus@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 11.03.2013

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 21.02.2013, 15:06 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Michael Pätzold

#### **Mitglieder**

Eleonore Altvater

Wolfgang Diedrich

Bernd Falkenau

Monika Hustädt

Hans-Peter Kaiser

Birgit Kirschke

Dr. Uwe Koppe

Moritz Körner

Ilona Küchler

David A. Lungen

Ulrike Nessler-Mannheim

Reinhard Ockel

Sybille Schettgen

Margret Stolz

Elke Thiele

Peter Vahlsing

Annegret Verbeek

ab 16.25 Uhr

#### **Verwaltung**

Melanie Mellinghaus

Martin M. Richter

Manfred Vollmer

## Gäste

Martina Würker

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.11.2012
3. Informationen der Verwaltung
4. Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers /einer Schriftführerin für den Sozialausschuss 50/010/2013
5. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv 50/011/2013
6. Kosten der Unterkunft 50/001/2013  
-Vorstellung der novellierten Arbeitsanweisung zu den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und SGB XII
7. Entwicklung der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes in 2012 50/002/2013
8. Zielsteuerung 2013 in der Grundsicherung für Arbeitsuchende 50/014/2013  
-Abschluss einer gemeinsamen Zielvereinbarung zwischen dem MAIS NRW, der Regionaldirektion NRW, der Agentur für Arbeit, dem Kreis Mettmann und dem Jobcenter ME-aktiv für das Jahr 2013
9. Neues Pflegeversicherungsgesetz – Bericht über wesentliche Änderungen durch das Pflegeneuausrichtungsgesetz (PNG) 50/003/2013
10. Programm "ALTERnativen 60plus"
- 10.1. Zuschüsse für die Seniorenbegegnungsstätten  
Programme "ALTERnativen 60plus" 50/004/2013
- 10.2. Pflegestützpunkt im Kreis Mettmann  
Programme "ALTERnativen 60plus" 50/013/2013

- |       |   |             |
|-------|---|-------------|
| 10.3. | Programm "ALTERnativen 60plus"<br>- Bonussystem bei Reduzierung von Heimaufnahmen, Bericht 2012                         | 50/006/2013 |
| 11.   | Zuschüsse an Verbände   | 50/005/2013 |
| 12.   | Projekt "Gemeinwesenarbeit und Integration Ratingen-West"   | 50/009/2013 |
| 13.   | Abschlussbericht Aktivcenter U25 "AusbildungsFit"   | 50/008/2013 |
| 14.   | Innovatives Modellprojekt A-F-L zur Beantragung von EU-Fördermitteln über die Regionalagentur Düsseldorf-Kreis Mettmann | 50/007/2013 |
| 15.   | Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses<br>- Berichtszeitraum 01.01. - 31.12.2012            | 50/012/2013 |
| 16.   | Anfrage der Fraktion UWG- ME zur Heimaufsicht   | 50/017/2013 |
| 17.   | Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Einsatz von Sicherheitskräften im Jobcenter ME-aktiv                                 | 50/018/2013 |
| 18.   | Nachträge   |             |

#### **Nicht öffentlicher Teil**

- |     |   |             |
|-----|---|-------------|
| 19. | Informationen der Verwaltung                  |             |
| 20. | Anfrage der Fraktion UWG- ME zur Heimaufsicht | 50/016/2013 |
| 21. | Nachträge                                     |             |

#### **Öffentlicher Teil**

<b>Zu Punkt 1:      Formalien</b>
-----------------------------------

Der Vorsitzende, KA Pätzold, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Tagesordnung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest. Ebenso begrüßt er als Gäste die Vertreter der Wohlfahrtsverbände.

Ein Berichterstatter für den Kreistag wird nicht benannt.

Neben den ordentlichen Mitgliedern sind folgende Vertreter erschienen:

KA Falkenau für KA Schnitzler  
 KA Kuchler für KA Trube  
 SB Kirschke für SB Oexmann

**Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.11.2012**

Die Niederschrift vom 19.11.2012 wird einstimmig bei 1 Enthaltung von SB Kaiser wegen Nichtanwesenheit genehmigt.

**Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung**

Herr Richter berichtet über die Fachtagung vom 28.11.2012 gegen Gewalt an Kindern und die sehr gute Resonanz dieser Veranstaltung. Er stellt kurz die Broschüre „Hilfsangebote bei Gewalt gegen Kinder“ ([www.kreis-mettmann.de](http://www.kreis-mettmann.de) unter dem Suchwort: „Hilfsangebote“) vor. Des Weiteren führt er aus, dass neben einem Impulsreferat der Opferschutzbeauftragten der Kreispolizeibehörde sowie der Schilderung von Erfahrungen mit den Auswirkungen von häuslicher Gewalt auf Kinder, durch die Leiterin der Ärztlichen Kinderschutzambulanz Bergisch Land am Sana-Klinikum Remscheid, auch der Leiter des Jugendamtes der Stadt Mettmann einen Einblick in die diesbezügliche Arbeit der Jugendämter gab und weist auf den eindringlichen Appell von Landrat Thomas Hendele hin, dass in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern jede und jeder gefordert ist, noch aufmerksamer und sensibler auf das Leid von Kindern zu reagieren. Über den aktuellen Stand der Umsetzung des Gesamtkonzeptes gegen häusliche Gewalt im Kreis Mettmann sowie über die Entwicklung von Täterarbeit des Caritasverbandes Mettmann hin zur Männerberatung, wird dem Ausschuss in der nächsten Sitzung im Mai berichtet werden.

**Zu Punkt 4: Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers /einer Schriftführerin für den Sozialausschuss  
- Vorlage Nr. 50/010/2013**

Herr Richter erläutert kurz die Vorlage und teilt mit, dass Herr Bruns aufgrund seiner heutigen Abwesenheit in der Sitzung im Mai vorgestellt werden soll.

**Beschlussvorschlag:**

Der Sozialausschuss bestellt bis zum Ende der Wahlperiode 2009 – 2014 Herrn Marco Bruns zum stellvertretenden Schriftführer.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Zu Punkt 5: Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv  
- Vorlage Nr. 50/011/2013**

Frau Würker berichtet anhand der in der Einladung versandten Daten über die aktuelle Entwicklung im Jobcenter ME-aktiv. In diesem Zusammenhang weist sie auf die nachhaltige Integration in Arbeit hin, die zwischen 55% und 65% liegt.

SB Kaiser erkundigt sich, inwieweit eine prozentuale Verteilung von Personen in Bedarfsgemeinschaften bei Langzeitbezug ermittelt werden kann. Die Ausführung seitens des Jobcenters ME-aktiv hierzu ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

KA Stolz erkundigt sich, ob die Umsetzung des Urteils vom Bundessozialgericht zu den Kosten der Unterkunft Auswirkungen auf die Anzahl der Widersprüche hat und sich diese hierdurch verringert haben.

Frau Würker teilt mit, dass das Widerspruchsaufkommen gleichbleibend ist. Weiter berichtet sie über die Personalsituation im Jobcenter ME-aktiv und über den Zuwachs von inzwischen

32 Mitarbeitern seit Januar 2012 sowie über die Prüfung der Internen Revision zu den Mindeststandards und die erfreulichen Ergebnisse.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Geschäftsführung des Jobcenters ME-aktiv zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 6:</b>	<b>Kosten</b>	<b>der</b>	<b>Unterkunft</b>
	<b>-Vorstellung der novellierten Arbeitsanweisung zu den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und SGB XII</b>		
	<b>- Vorlage Nr. 50/001/2013</b>		

Herr Richter erläutert kurz den Hintergrund der Vorlage. Weiter führt er aus, dass der entsprechende Antrag der Fraktion DIE LINKE im Kreisausschuss einstimmig angenommen wurde. Da es sich bei der Arbeitsanweisung um eine sehr komplexe Materie handelt, weist Herr Richter darauf hin, dass der Vorlage nur die Weisung für den Rechtskreis des SGB II beigefügt wurde. Die Weisung für das SGB XII ist jedoch in den wesentlichen Teilen deckungsgleich.

Herr Richter benennt die Kernpunkte der vorgelegten Arbeitsanweisung. Er führt aus, dass durch ein Urteil des Bundessozialgerichtes (BSG) die Regelungen bzgl. der Wohnungsgröße in Nordrhein-Westfalen für die Angemessenheitsprüfung angepasst werden mussten. Der Kreis Mettmann hatte sich hierbei immer an den Wohnraumförderungsbestimmungen mit einem Richtwert von 47 Quadratmeter für Alleinstehende orientiert. Das BSG bestätigte ausschließlich die Wohnraumnutzungsbestimmungen (WNB) mit 50 Quadratmetern als maßgebende Größe. Diese Differenz von 3 Quadratmetern macht im Kreishaushalt zusätzliche 380.000 Euro aus. Die Initiative der kommunalen Spitzenverbände, die zuständigen Ministerien zur Absenkung der WNB zu bewegen, hatte leider keinen Erfolg. Die Minister sehen hierfür keine Notwendigkeit und auch keine parlamentarische Mehrheit.

Mit seiner Forderung zur Aufstellung eines „schlüssigen Konzeptes“ als Grundlage für die Angemessenheitsprüfung der Kosten der Unterkunft hat das BSG einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Der bis dato gültige trägereinheitliche Richtwert (bis zu 6,00 Euro je Quadratmeter) musste zu stadtbezogenen Richtzahlen weiterentwickelt werden. Hierzu wurde in der Vergangenheit eine sehr umfangreiche Datenerhebung am örtlichen Wohnungsmarkt durchgeführt, aus welcher die örtlichen Richtzahlen abgeleitet wurden. Zu den Datenquellen zählen der aktuelle LEG Wohnungsmarktreport, die Mietspiegel und eine durch das Kreissozialamt aufgestellte Mietdatei. Um eine Implementierung in der Praxis zu ermöglichen, wurden umfangreiche Übergangsregelungen, ein Wohnraumsicherungszuschlag für Bestandswohnungen und diverse Sondertatbestände in die einzelfallbezogene Angemessenheitsprüfung eingearbeitet. Herr Richter hält fest, dass das Sozialamt in der vorliegenden Weisungslage keine starre Verwaltungsweisung sieht, sondern eine „lebende“ Arbeitsanweisung, welche an den Erkenntnissen der Praxis und der aktuellen Rechtsprechung weiterentwickelt werden soll. Von besonderer Bedeutung ist zukünftig weiterhin die Würdigung des konkreten Einzelfalls.

Herr Richter teilt auf die Frage von KA Kuchler mit, dass von Mitte 2011 bis Ende 2012 die örtlichen Wohnungsmärkte beobachtet und ausgewertet wurden.

SB Kaiser möchte zukünftig alle wesentlichen Arbeitsanweisungen des Sozialamtes zur Kenntnisnahme und Beschlussfassung vorgelegt bekommen, damit für die Politik – z.B. bezogen auf die Erhöhung auf 50 Quadratmeter – eine Steuerungsmöglichkeit besteht. Darüber hinaus erfragt SB Kaiser, ob die Verwaltung bei der Umsetzung dieser Weisungslage auch die Problematik der „Ghettobildung“ einbezogen hat.

Herr Richter erklärt hierzu, dass die Verwaltung Recht und Gesetz umzusetzen hat und an dieser Stelle unabhängig vom Sozialausschuss ist. Die Erarbeitung und Veröffentlichung von Arbeitsanweisungen stellt ein Geschäft der laufenden Verwaltung dar, für welches keine spezielle Beauftragung bzw. Beschlussfassung der Politik notwendig ist. Einflussmöglichkeiten der Politik bestehen hingegen bei der Förderung von sozialem Wohnungsbau. Hierin werden auch Potentiale bzgl. der Problematik der „Ghettobildung“ gesehen. Das Sozialamt sowie die

örtlichen Sozialämter und das Jobcenter ME-aktiv sehen dieses Problem derzeit nicht. Die Auslegung des Sozialrechtes obliegt der Verwaltung als Exekutive. Herr Richter macht klar, dass diese Auffassung auch für alle anderen Arbeitsanweisungen des Sozialamts zur Umsetzung des Sozialrechtes Gültigkeit hat.

SB Kaiser erfragt zum Stichwort „Ghettobildung“, ob der gewählte Maßstab der Stadtbezogenheit ausreichend sei oder ob sogar Stadtteile als Referenzgrößen herangezogen werden sollten.

Herr Richter erklärt, dass die Analyse der örtlichen Wohnungsmärkte keine Notwendigkeit für stadtteilbezogene Richtwerte gezeigt hat. Auch die Rechtsprechung sieht diese nicht.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

<b>Zu Punkt 7:            Entwicklung der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes in 2012 - Vorlage Nr. 50/002/2013</b>
---

Herr Richter weist darauf hin, dass in der Vorlage bei der Berechnung der Steigerungsrate der Mittelabflüsse von 2011 zu 2012 ein Fehler unterlaufen ist. Die Steigerung entspricht dem korrigierten Wert von 145%. In der ursprünglichen Vorlage war die Steigerung nur mit 41% angegeben worden. Zum Punkt Berichterstattung des MAIS informiert Herr Richter über ein weiteres Schreiben des MAIS NRW vom 22.01.2013 und das Antwortschreiben hierauf vom 19.02.2013. Die Schreiben sind der Niederschrift als **Anlage 2** und **Anlage 3** beigefügt.

Weiter erläutert er die Vorlage und weist insbesondere auf die derzeitige Prüfung hin, weitere Mittel für eine Verlängerung der Schulsozialarbeit zur Verfügung stellen zu können.

Anschließend entsteht eine rege Diskussion zu den Leistungspaketen.

In diesem Zusammenhang bittet SB Kaiser darum, stadtscharfe Zahlen zur Inanspruchnahme der Leistungspakete dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Die Ausarbeitung hierzu ist der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

<b>Zu Punkt 8:            Zielsteuerung 2013 in der Grundsicherung für Arbeitsuchende -Abschluss einer gemeinsamen Zielvereinbarung zwischen dem MAIS NRW, der Regionaldirektion NRW, der Agentur für Arbeit, dem Kreis Mettmann und dem Jobcenter ME-aktiv für das Jahr 2013 - Vorlage Nr. 50/014/2013</b>
---

Frau Würker berichtet über das Gespräch mit dem Ministerium und der Regionaldirektion in welchem die geplanten Inhalte der Zielvereinbarung 2013 thematisiert wurden. Vorderstes Ziel sei hier, das Ergebnis zum Vorjahr zu verbessern.

KA Kuchler erkundigt sich, ob die Kinderbetreuung als Problem gesehen wird.

Frau Würker hält fest, dass die Kinderbetreuung sichergestellt ist, sobald eine berufliche Tätigkeit aufgenommen werden kann.

Herr Richter weist darauf hin, dass die Sicherstellung der Kinderbetreuung eine Verpflichtung darstellt, die sich schon aus dem Gesetz heraus ergibt und betont in diesem Zusammenhang das Selbstverständnis des Kreises und die vorliegende Zusage der Sozialdezernenten, für die tatsächliche Umsetzung einzustehen.



<b>Zu Punkt 10.2:</b>	<b>Programm</b>	<b>"ALTERnativen</b>	<b>60plus"</b>
	<b>Pflegestützpunkt im Kreis Mettmann</b>		
	<b>- Vorlage Nr. 50/013/2013</b>		

KA Stolz bittet zu prüfen, ob eine kreiseinheitliche Telefonnummer des Pflegestützpunktes eingerichtet werden kann. Eine Erreichbarkeit der Zentrale des Pflegestützpunktes in Mettmann sollte bis 18:00 Uhr gewährleistet werden. Ebenso bittet sie um Prüfung, ob eine Weiterleitung der Anrufe an die Zentrale technisch sichergestellt werden kann, wenn die Pflegestützpunkte vor Ort nicht besetzt sind.

KA Ockel teilt mit, dass die Angebote nur in geringem Umfang genutzt werden. Er hält es für wichtig, die Standorte zu erhalten. Er bittet darum, die Sprechzeiten der Pflege/Wohnberatungsstellen bekannt zu geben. Die Kontaktliste der Pflege/Wohnberatungsstellen ist der Niederschrift als **Anlage 6** beigefügt.

Aufgrund der Überschneidungen der Vorwahlen zwischen Düsseldorf und Erkrath sowie Haan und Mettmann hält Herr Richter die Einrichtung einer kreisweiten Telefonnummer für problematisch.

KA Nessler-Mannheim bittet um konkrete Zahlen der Inanspruchnahme von Beratungen. Herr Richter sichert diese zur Niederschrift zu.

*Da die Abfrage bei der AOK als Partner des Pflegestützpunktes erfolgt und eine entsprechende Rückmeldung bei Versand noch nicht vorlag, werden die Daten nach Aufbereitung nachgesendet.*

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 10.3:</b>	<b>Programm</b>	<b>"ALTERnativen</b>	<b>60plus"</b>
	<b>- Bonussystem bei Reduzierung von Heimaufnahmen, Bericht 2012</b>		
	<b>- Vorlage Nr. 50/006/2013</b>		

SB Kaiser erkundigt sich nach den Alternativen zur Heimaufnahme und wie diese aussehen. Er bittet um einen Bericht, zu den konkreten Angeboten und in welchem Umfang diese in Anspruch genommen werden. Ebenso bittet er um Angaben über die Höhe der Kosten.

Weiter sieht SB Kaiser eine gute Beratung als richtigen Ansatz. Er weist jedoch darauf hin, dass die Realität oftmals anders aussieht. Laut SB Kaiser muss eine schriftliche Genehmigung des Kreises sowie des MDK vorliegen, damit eine Heimaufnahme im Kreis Mettmann erst möglich ist.

Herr Richter teilt mit, dass vor Heimaufnahme bei Pflegestufe 0 und 1 eine Beratung der Pflegebedürftigen und/oder deren Angehörige erfolgen soll. Er hält eine gute Beratung der Pflegebedürftigen und deren Angehörige bezüglich einer möglichen Alternative zur Heimaufnahme für sehr wichtig, da Pflegebedürftige bzw. deren Angehörige oftmals keine entsprechenden Kenntnisse über Möglichkeiten wie Kurzzeit- oder Tagespflege haben. Eine Heimaufnahme sei aber unvermeidbar, wenn Alternativen nicht greifen. Er sichert zu, eine entsprechende Abfrage bei den Städten durchzuführen und in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses hierüber zu berichten.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 11: Zuschüsse an Verbände  
- Vorlage Nr. 50/005/2013**

Herr Richter erläutert die Vorlage und beantwortet verschiedene Fragen aus der Reihe des Ausschusses.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 12: Projekt "Gemeinwesenarbeit und Integration Ratingen-West"  
- Vorlage Nr. 50/009/2013**

Der Vorsitzende KA Pätzold übergibt in der Zeit von 17:51 bis 18:00 Uhr den Vorsitz an seinen Stellvertreter KA Dr. Koppe.

Herr Richter erläutert die Vorlage und weist daraufhin, dass in der Vorlage lediglich die bisherigen Ergebnisse zusammengestellt wurden und ein abschließender Bericht dem Ausschuss noch vorgelegt wird. Weiter führt Herr Richter aus, dass das Projekt auf Dauer mit städtischen Mitteln weitergeführt werden soll und er sich diesbezüglich bereits im engen Gespräch mit Herrn Steuwe befindet.

Nach Meinung von SB Kaiser ist die Ratsvorlage der Stadt Ratingen, die der Vorlage beigelegt ist, zu allgemein. In dem Zusammenhang äußert er sein Unverständnis darüber, dass die Stadt Ratingen bislang keinen ausführlichen Bericht erstellt hat.

KA Falkenau begrüßt das Projekt und sieht es als sehr erfolgreich an. Von daher müsse das Projekt weiterlaufen.

KA Dietrich unterstreicht die Ausführungen von KA Falkenau und weist zudem auch auf die positive Entwicklung bei den Sicherheitsfragen hin.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 13: Abschlussbericht Aktivcenter U25 "AusbildungsFit"  
- Vorlage Nr. 50/008/2013**

SB Kaiser erkundigt sich, ob die Vermittlungsquote der Jugendlichen von 32% in Ausbildung und Arbeit als erfolgreich oder eher als zu wenig einzustufen sei.

KA Stolz weist auf die Personengruppe mit schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen hin, bei denen das Ziel nicht die Vermittlung, sondern zunächst die Stabilisierung der persönlichen Lebenssituation sei. Hierbei sei interessant, inwieweit diese Personengruppe nach Ablauf der Fördermaßnahme weiter begleitet würde.

Frau Würker erklärt, dass zwar das vordringliche Ziel der Maßnahme sei, Menschen in Arbeit zu bringen, aber auch, bestimmte Personen zu stabilisieren. Die Vermittlungsquote von 32% sei positiv zu werten, da es sich hierbei um Jugendliche mit multiplen Schwierigkeiten handelt. Zum Vergleich weist sie darauf hin, dass die Erfolgsquote bei Jugendlichen, die keine derartigen Hemmnisse hätten, nicht signifikant höher läge.

Mit den Personen, die im Rahmen der Fördermaßnahme stabilisiert wurden, wird laut Frau Würker weitergearbeitet. Diese nehmen bspw. an schulischen Weiterbildungen oder außerbetrieblichen Ausbildungen teil.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 14: Innovatives Modellprojekt A-F-L zur Beantragung von EU-Fördermitteln über die Regionalagentur Düsseldorf-Kreis Mettmann  
- Vorlage Nr. 50/007/2013**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis.

**Zu Punkt 15: Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses  
- Berichtszeitraum 01.01. - 31.12.2012  
- Vorlage Nr. 50/012/2013**

Herr Richter weist darauf hin, dass die in der Vorlage gemachten Ausführungen dahingehend korrigiert werden, dass mit der personellen Wiederbesetzung im Bereich des Controllings im Jahr 2012, die Umsetzung des strategischen Zielprogrammes, zurzeit vertieft im Schulamt und anschließend im Sozialamt, wieder aufgenommen wurde.

Die Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses aus dem Jahr 2012 wird zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 16: Anfrage der Fraktion UWG- ME zur Heimaufsicht  
- Vorlage Nr. 50/017/2013**

Die Antwort auf die Anfrage der Fraktion UWG-ME wurde bereits mit der Einladung versandt.

Herr Richter hält fest, dass die Betreuungseinrichtungen im Kreis Mettmann gute Arbeit leisten und dies auf den Einsatz der dort Tätigen zurückzuführen ist. Er führt aus, dass sich unter den 127 Einrichtungen innerhalb des Kreises, 51 Einrichtungen der Altenhilfe, 1 Hospiz, 2 Kurzzeitpflegeeinrichtungen sowie Wohnheime und Außenwohngruppen befinden.

Des Weiteren erläutert er das vierstufige Verwaltungsverfahren zur Mängelbeseitigung, stellt die geübte Verwaltungspraxis der Heimaufsicht dar und macht deutlich, dass die Mängelbeseitigung im Rahmen der Beratung effiziente Praxis sei.

Auf Nachfrage teilt SB Hustädt mit, dass die Anfrage im öffentlichen Teil hinreichend beantwortet wurde.

**Zu Punkt 17: Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Einsatz von Sicherheitskräften im Jobcenter ME-aktiv  
- Vorlage Nr. 50/018/2013**

Die Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE wurde bereits mit der Einladung versandt.

Im Hinblick auf den Einsatz von Sicherheitskräften erkundigt sich KA Kuchler, nach welchen Kriterien die Geschäftsstellen ausgesucht wurden.

Frau Würker teilt mit, dass der Einsatz von Sicherheitspersonal auf Wunsch der Geschäftsstellen erfolgte. Lediglich die Geschäftsstellen in Langenfeld und Haan sahen hierzu keine Veranlassung.

Auf Nachfrage teilt KA Kuchler mit, dass die Anfrage hinreichend beantwortet wurde.

**Zu Punkt 18: Nachträge**

Es liegen keine Nachträge vor.

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 18:36 Uhr**

gez.  
**Michael Pätzold**

gez.  
**Melanie Mellinghaus**